

II-456 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

10.3.1967

226/J

A n f r a g e

der Abgeordneten C z e t t e l , K o n i r , P ö l z , S t e i n m a ß l ,
W o d i c a und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend mißbräuchliche Verwendung von steuerbefreiten, dem Land Nieder-
österreich seitens der NIOGAS zustehenden Mitteln und Vorgänge bei der
Continentalen Bank AG.

-.--.-.-

Auf Grund eines Vertrages zwischen der ÖMV und der NIOGAS wurden der
NIOGAS auf die Dauer von 10 Jahren jährlich 400 Millionen Kubikmeter Erdgas
zu einem um 50 % verbilligten Preis geliefert.

Die NIOGAS hat sich verpflichtet, ab 1960 den seitens der ÖMV gewähr-
ten Rabatt dem Lande Niederösterreich für Zwecke der Wohnbauförderung zu
überlassen.

Auf Grund eines entsprechenden Erlasses des Bundesministeriums für
Finanzen stellt die Überweisung dieser Beträge keine Gewinnausschüttung dar,
sondern ist als Betriebsausgabe abzugsfähig. Dem Land Niederösterreich
hätten aus diesem Titel bereits annähernd 500 Millionen Schilling zufließen
müssen, tatsächlich hat das Land Niederösterreich diese Beträge jedoch nicht
erhalten. Vielmehr wurden die Überweisungen zu Gunsten der Continentalen
Bank AG vorgenommen. Diese Bank hat Möglichkeiten zur mißbräuchlichen Ver-
wendung dieser Mittel eingeräumt, bzw. sich daran beteiligt, wobei Buchungs-
fälschungen, Radierungen von Kontoauszügen usw., wie der Rechnungshof fest-
gestellt hat, vorgenommen wurden.

Das Bundesministerium für Finanzen hat unter bestimmten Voraussetzungen
eine Steuerbefreiung für die Rabattausschüttungen an das Land Niederöster-
reich ausgesprochen, ohne jemals an Hand der übermittelten Rechnungsabschlüsse
des Landes Niederösterreich zu prüfen, ob diese Mittel auch tatsächlich dem
Land Niederösterreich zugeflossen sind. Das Bundesministerium für Finanzen
übt die Bankenaufsicht aus. Hiebei ist ihm auf Grund des § 30 Kreditwesen-
gesetz insbesondere die Aufgabe aufgetragen, im Kredit- und Bankwesen her-
vortretende Mißstände zu beseitigen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe räumt
§ 32 Kreditwesengesetz dem Bundesministerium für Finanzen die Befugnis ein,
von den Inhabern und Organen der Kreditinstitute Auskünfte über alle Ge-
schäftsangelegenheiten zu fordern, die Bücher und Schriften der Kreditinsti-
tute einzusehen sowie überhaupt alle Prüfungen vorzunehmen oder vornehmen
zu lassen, die es zur Erfüllung der ihm obliegenden Aufgabe für erforderlich

226/J

- 2 -

hält. Diesen Aufgaben ist das Bundesministerium für Finanzen offensichtlich nicht nachgekommen und trägt daher die Mitverantwortung für die mißbräuchliche Verwendung der dem Lande Niederösterreich zustehenden Mittel.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n :

1.) Aus welchen Gründen hat das Bundesministerium für Finanzen verabsäumt, zu prüfen, ob das Land Niederösterreich die Rabattbeträge, für die eine Steuerbefreiung ausgesprochen wurde, auch tatsächlich erhalten hat?

2.) Welches Ergebnis hat die Betriebsprüfung bei der NIOGAS bisher erbracht?

3.) Warum wurde nichts bereits zu einem früheren Zeitpunkt ein Betriebsprüfungsverfahren bei der NIOGAS eingeleitet?

4.) Aus welchen Gründen wurde die Aufsichtspflicht gemäß § 30 Kreditwesengesetz im Bezug auf die Continentale Bank AG nicht beachtet und die lt. § 32 Kreditwesengesetz vorgesehenen Prüfungen nicht vorgenommen?

5.) Welche Gründe waren dafür maßgebend, die geschilderten Korruptionsvorfälle und Mißbräuche seitens des Bundesministeriums für Finanzen zu decken?

-.--.-.-.-